

19.04

**Abgeordnete Edith Mühlberghuber (FPÖ):** Herr Präsident! Sehr geehrte Frau Bundesminister! Werte Kolleginnen und Kollegen! Wir debattieren den Antrag der SPÖ. Gefordert werden Berufszentren für Mädchen und junge Frauen, zumindest eines in jedem Bundesland. Derzeit gibt es nur drei, und zwar in Wien, in Graz und in Klagenfurt.

Ja, die Coronakrise zeigt enorme Auswirkungen auf dem Arbeitsmarkt. So waren Anfang März über 33 000 Mädchen und junge Frauen von 15 bis 24 Jahren beim AMS registriert. Die Jungen haben eben bei der Jobsuche Probleme, ob es bei der Berufsfindung oder beim Finden einer Lehrstelle ist.

Der „Standard“ hat am 30. März 2021 geschrieben: „Nach einem Jahr Corona ist die Lage bei Jugendlichen und Lehrlingen katastrophal“. – Ja, sie ist wirklich katastrophal. Wenn Sie vonseiten der ÖVP sagen, es werde so viel gemacht, warum schreiben dann die Medien: „die Lage“ ist „katastrophal“?

Ich habe einige Beispiele für euch, Aussagen von jungen Frauen, wie es ihnen durch die Coronakrise im Beruf geht. Ich zitiere eine junge Frau, 19 Jahre, Ausbildung mit Matura: „Ich bin verunsichert, da die Branche in der ich beruflich tätig bin, derzeit stillsteht und niemand weiß, wie es weitergeht.“ Weiters eine junge Frau, 20 Jahre, Ausbildung ohne Matura: Mir geht es extrem schlecht; keinen Job mehr, wenig Geld. Ich kann gerade noch überleben, ich bin total verzweifelt. – Oder eine junge Frau, 24 Jahre, Hotelfachfrau, Ausbildung mit Matura: Ich bin jetzt fast sechs Monate ohne Job, habe Existenzängste; kein Job in Aussicht. Es ist nervenaufreibend.

Und so weiter und so fort – da hätte ich noch so viele Beispiele. Anscheinend redet ihr nicht mit den Frauen. Ihr wisst gar nicht, wie schlecht es denen geht. Die brauchen Unterstützung. Gerade junge Frauen sind von der Coronakrise überdurchschnittlich stark betroffen, und die Krise verschlechtert die Situation auf dem Arbeitsmarkt.

Wir werden diesen Antrag der SPÖ wie auch schon im Ausschuss unterstützen, weil gehandelt werden muss, und zwar sofort.

Ich komme noch ganz kurz zum Antrag gemäß § 27 von den Regierungsparteien, der ja von der SPÖ übernommen worden ist. Da kann ich nur ganz kurz sagen: Der ist übernommen worden, und er ist sogar noch sehr schlecht ausgearbeitet worden, denn im Antrag ersuchen Sie, „die Arbeitsmarktsituation [...] von Mädchen und jungen Frauen“ nur „zu beobachten, zu evaluieren und bei Bedarf weitere [...] Förderungsschritte einzuleiten.“ – Ja bitte, der Bedarf ist schon da. Wie lange wollen Sie noch „beobachten“? Es muss gehandelt werden. Worauf wollen Sie da noch

warten? Da gebe ich Frau Holzleitner recht: Dieser Wortlaut ist wirklich lächerlich. Wir stimmen diesem Antrag der Regierungsparteien nicht zu. (*Beifall bei der FPÖ.*)

19.07

**Präsident Ing. Norbert Hofer:** Zu Wort gelangt Mag. Meri Disoski. – Bitte schön, Frau Abgeordnete.